

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 27. Juni 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 27. Juni 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags und hält, während das Haus sich erhebt, folgende Ansprache:

Wenige Bahnstunden von Wien hat sich gestern ein furchtbares Unglück ereignet. In Hart in Niederösterreich sind schwere Menschenopfer gefallen. Es ist das erstmal in der Republik Österreichs, daß wir einen so furchtbaren Unglücksfall zu beklagen haben, daß sich an Märtyrern der Arbeit, ein trauriges Proletarierschicksal, erfüllt. Wir gedenken nicht nur in tiefer Trauer dieser Opfer selbst, sondern wir gedenken auch ihrer Hinterbliebenen, der Frauen, der Mütter und Väter der Verunglückten, der verlassenen Kinder und wir können aus diesem furchtbaren Unglück nur wieder auf neue die Lehre ziehen, daß es Pflicht aller verantwortlichen Organe ist, alles daranzusetzen, um das Menschenleben vor solchen Unfällen zu schützen, alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die möglich sind und daher notwendig sind.

Es wird hierauf ein großer Teil der Tagesordnung ohne Referat genehmigt. So der zehnte Vierteljahresbericht der WAG für die Zeit vom 1. Februar bis 30. April 1924, ein ige Grundankäufe auf der Landstrasse Alsergrund, Inzersdorf, Hirschstetten, ein Grundtausch in Oberlaa und der Ankauf eines Hauses im Burgenland durch die Direktion der Braunkohlenbergbaugewerkschaft Zillingdorf. Die Subvention für Propagandazwecke der Wiener Herbstmesse in der Höhe von 400 Millionen Kronen, sowie Subventionen an die Gesellschaft zur Herausgabe der Denkmäler der Tonkunst von fünfzehn und an den Verein zur Geschichte der Stadt Wien von fünf Millionen Kronen, werden gleichfalls ohne Referat bewilligt. Auch die Anträge der Strassenbahndirektion wegen der Umgestaltung der Zufahrtsgleise zum Strassenbahnhof Währing mit einem Kostenbetrag von 790 Millionen Kronen, der zweigleisige Ausbau der Strassenbahnlinie Triesterstrasse von der Gudrunstrasse bis zur Troststrasse mit einem Kostenaufwand von 1200 Millionen Kronen werden ohne Wortmeldung genehmigt. Schliesslich erteilte der Gemeinderat seine Zustimmung zur Erhöhung der Kosten für die Ausgestaltung der Kinderübernahmestelle in der Ayrenhoffgasse um 5.17 Milliarden Kronen und genehmigte eine Abänderung des Voranschlages für die Erziehungsanstalt in Eggenburg, einen Betrag von 300 Millionen Kronen für die Kanalisierung der Kindererholungsstätte auf dem Laaerberg, die Ausgestaltung einer Anlage im Gaswerk Leopoldau mit einem Aufwand von 850 Millionen Kronen, die Pflasterung des Schuhmeierplatzes in Ottakring mit Holzstöckel, die Umpflasterung der Fahrbahn auf der Brücke über dem Hauptzollamtsbahnhof, den Umbau des Kanals in der Lindengasse von der Neubaugasse bis zur Zieglergasse mit einem Aufwand von 410 Millionen Kronen.

Stadtrat Richter referiert dann über ein neues Uebereinkommen mit der Post- und Telegrafverwaltung über die Benützung des öffentlichen Gutes. Das Uebereinkommen ist das Ergebnis sehr langwieriger Verhandlungen, an denen von beiden Seiten die besten Fachleute teilgenommen haben. Das Uebereinkommen stellt einen Mittelweg dar.

Der Antrag des Referenten auf Genehmigung des Uebereinkommens wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Broczyner referiert über die Festsetzung des Zinsfußes für die Einlage der Gemeinde Wien bei der Zentralsparkasse zur Förderung der Gewährung von Instandsetzungskrediten für Kleinwohnungshäuser. Der Gemeinderat hat am 4. April beschlossen, daß 20 Milliarden zur Gewährung amortisabler Darlehen zur Instandsetzung von Kleinwohnungshäusern zur Verfügung gestellt werden. Die Verzinsung wurde mit drei Prozent über die jeweilige Bankrate festgesetzt. Am 5. Juni hat nun die Nationalbank die Bankrate von neun auf zwölf Prozent erhöht. Es hätte also auch der Zinsfuß für diese Darlehen automatisch von dreizehn auf sechzehn Prozent erhöht werden müssen. Es soll dies aber nicht geschehen und es wird beantragt, den alten Zinsfuß zu belassen, wenn auch die Sozialver-

sicherungsinstitute, die ebenfalls einen Betrag von zehn Milliarden Kronen überwiesen haben, zustimmen. Das Einvernehmen mit diesen Instituten ist bereits gepflogen worden und es wurde zugesichert, daß sie sich dem Antrag der Gemeinde anschließen werden. Leider ist die Inanspruchnahme dieser Kredite sehr minimal. Bis jetzt sind erst 276 Ansuchen vorgelegt worden und stellt sich der durchschnittliche Kredit für ein Haus auf 38 Millionen Kronen, so daß mit dem bereitstehenden Betrag 788 Häuser repariert werden könnten. Es soll öffentlich aufmerksam gemacht werden, daß durch diese Kredite eine Instandsetzung von Wohnhäusern zu wirklich annehmbaren Bedingungen erfolgt und daher ein lebhafterer Zuspruch erwünscht ist. Es werden jetzt auch die Kredite sofort nach der Bewilligung ausgezahlt.

GR. Doppler (chr. soz.): Wenn die Aussendung der Rathauskorrespondenz über diese Angelegenheit so sachlich gewesen wäre, als das Referat, dann hätte ich mich nicht zum Wort melden müssen. Die Korrespondenz hat nämlich mitgeteilt, daß die Nationalbank die Bankrate auf 15 Prozent erhöht hätte, während in Wirklichkeit dies unrichtig ist und nur eine Erhöhung auf 12 Prozent, wie der Referent auch berichtet hat, erfolgt ist.

GR. Broczyner: Vielleicht war das nicht richtig ausgedrückt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien verweisen, die in den letzten Monaten einen bedeutend erhöhten Einlagestand verzeichnet. So ist im Monat Mai ein Zuwachs der Einlagen von mehr als 20 Milliarden und im Monat Juni von weiteren ungefähr 12 Milliarden erfolgt. Es hängt dies zweifellos damit zusammen, daß dieses Institut sich von allen Spekulationen fern gehalten hat und die Gemeinde Wien die Haftung für alle Einlagen übernimmt.

GR. Fischer ^{Hermann} referiert über die Einbeziehung der Strassenbahnlinie 47 in den Tarif I des Strassenbahnnetzes, so daß der Sonderfahrpreis von 700 Kronen für diese Teilstrecke aufgelassen wird. Diese Maßnahme soll mit dem 15. Juli in Kraft treten und ist insbesondere wegen der zahlreichen dort ansässigen Siedler für die Bevölkerung wichtig.

GR. Doppler (chr. soz.) nimmt diesen Antrag zum Anlaß, um noch einmal für die Errichtung eines Zonentarifes im Strassenbahnnetz zu plädieren. Redner stellt den Antrag, daß für diese kurze Fahrstrecke nur ein Personentarif von 700 K eingehoben werde, daß aber Personen, die mit der Strassenbahn über diese Strecke hinausfahren den allgemeinen Preis einer Strassenbahnfahrt zahlen. Ferner erinnert er an einen ähnlichen seinerzeit von ihm gestellten Antrag bezüglich der Strecke Inzersdorferstrasse-Triesterstrasse, den er neuerdings zur Beschlußfassung vorlegt.

GR. Fischer Hermann spricht sich gegen diese Anträge aus, weil dadurch das ganze Tarifsysteem durchlöchert würde.

Die Referentenanträge werden angenommen, die Anträge des GR. Doppler abgelehnt.

GR. Iser referiert über den Antrag, daß für einen von der Gemeinde Wien veranstalteten Wettbewerb für Blumenschmuck an Fenstern, Balkonen und Geschäftsportalen 50 Millionen Kronen aus dem Ertragnis der Kleingartenausstellung überwiesen werde.

GR. Ullreich (chr. soz.) ist mit diesem Antrage einverstanden, erinnert aber daran, daß, als die frühere Gemeindeverwaltung einen solchen Wettbewerb veranstaltet hatte, sie von der damaligen Minorität und ihrer Presse heftig angegriffen wurde. Redner wünscht ferner, daß der notwendige Betrag von 50 Millionen nicht aus den Erträgen der Kleingartenausstellung genommen werde, die ausschliesslich für Kleingärtner zu verwenden seien, sondern aus den Gemeindemitteln, und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

GR. Iser erwidert, daß zwischen dem Wirken der früheren Gemeinderatsverwaltung und der gegenwärtigen, doch ein großer Unterschied bestehe. Er brauche da bloß an die Maßnahmen bezüglich der Wohnungsfrage zu erinnern. Ueberdies sei der verlangte Betrag verhältnismäßig geringfügig und werde auch nicht aus den Gemeindemitteln genommen. Redner spricht sich gegen den Antrag des Gemeinderates Ullreich aus, weil die Erträge der Kleingartenausstellung ausdrücklich für solche Zwecke vorbehalten sind und schließlich die angeforderte Summe zum größeren Teile wenigstens doch wieder den Kleingärtnern zugute kommen werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfe für derartige Zwecke aus allgemeinen Mitteln kein Geld genommen werden.

Die Anträge des Referenten werden angenommen, der Abänderungsantrag Ullreich wird abgelehnt.

GR. Iser referiert über die Anschaffung von 1000 Stück neuen Gartenbänken, deren Kosten sich auf 780 Millionen Kronen belaufen.

GR. Doppler (chr. soz.) ist mit diesem Antrag einverstanden, glaubt sich aber zu erinnern, daß im Sondervoranschlag bereits für diese Post eine größere Summe eingesetzt ist, und wünscht zu wissen ob die Anschaffung der Gartenbänke, die hier jetzt beantragt wird, mit der früher geplanten Anschaffung identisch ist. Ferner wünscht Redner die Berücksichtigung der Grünanlagen im XVII. Bezirk bei der Verteilung der Gartenbänke.

GR. Iser erklärt, daß die jetzt geforderten 780 Millionen für die Anschaffung von 1009 Gartenbänken und daß die im Sondervoranschlag vorgesehenen Gartenbänke bereits angeschafft wurden und in zwei Wochen etwa zur Aufstellung gelangen. Ferner verspricht Redner, die Berücksichtigungen aller Wünsche des GR. Doppler.

Die Referentenanträge werden hierauf angenommen.

GR. Jenschik referiert über die Umwandlung eines Belagheimes im Lainzer Versorgungshaus in einen Krankenpavillon, wozu ein Kostenbetrag von drei Milliarden Kronen erforderlich ist.

GR. Stöger (chr. soz.) beschwert sich, daß Hin- und Hershiebungen zahlreiche Pfleglinge des Versorgungshauses Lainz stattfindet. Der Referent möchte dahin wirken, daß auch die heutige Verwaltung von Lainz als ein Ruhmeskapitel der Gemeindeverwaltung bezeichnet werde, wie dies unter der früheren Mehrheit der Fall war und daß das Versorgungshaus Lainz seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werde.

GR. Jenschik erklärt die Vorwürfe des Vorredners als absolut unbegründet. Es sei vollkommen unrichtig, daß mit den Pfleglingen hin- und hergeschoben werde. Die Zahl der Ehepavillons werde durch die beantragte Umwandlung in keiner Weise vermindert.

Die Referentenanträge werden angenommen.

GR. Michal referiert über den Bau eines Büro- und Werkstättengebäudes für das Büro für Leitungsanlagen und einer Garage für die Oberbauwerkstätte der städtischen Strassenbahnen im XIII. Bezirk. Die Baukosten betragen 5200 Millionen Kronen.

GR. Kunschak (chr. soz.) erklärt, daß dieses Referat mit größter Vorsicht aufzunehmen sei. Im Finanzausschuß habe er gefragt, woher man den Betrag von 1600 Millionen Kronen für die Baukosten der geplanten 16 Wohnungen hernehmen wolle und er habe die Antwort erhalten, daß dies aus der Wohnbausteuer geschehen werde. Dagegen habe er Verwahrung eingelegt, denn die Wohnbausteuer sei für gemeinnützige Wohnzwecke bestimmt. In dem Antrag des Finanzausschusses wurde gesagt, daß diese 1600 Millionen nur vorschussweise von den Strassenbahnen zur Verfügung gestellt werden. In dem heute vorliegenden Antrag ist nun das Wort vorschussweise weggeblieben. Ich frage also, ob es sich hier um ein Versehen der Kanzlei handelt oder ob ganz einfach ohne jeden Beschluß eine solche Streichung vorgenommen worden ist. Wenn das letztere richtig ist, so wäre das eine Vergewaltigung des Finanzausschusses. Auf jeden Fall ist Aufklärung unbedingt notwendig und wenn sie jetzt nicht gegeben werden kann, dann beantrage ich die Rückverweisung an den Stadtsenat.

GR. Michal sagt, daß mit dem Wohnungsamt wegen der Beistellung dieses Betrages aus den Mitteln der Wohnbausteuer verhandelt wurde. Die Strassenbahnen haben wohl damit gerechnet, daß sie diese Kosten, wenn das Wohnungsamt ablehnt, aus Betriebsmitteln decken müssen. Schliesslich wird ja dem Wohnungsmarkt neuer Wohnraum zugeführt, da die Leute, die dort die neuen Wohnungen beziehen, ihre gegenwärtigen Wohnräume freigeben.

GR. Kunschak: Durch die Erklärungen des Referenten sind die Dinge nichts weniger als klar gestellt. Ich bin ganz damit einverstanden, wenn jetzt beschlossen wird, daß die Strassenbahn diese 1600 Millionen leistet. Aber dann gibt es kein Verhandeln mit dem Wohnungsamt und da uns hier ein anderer Antrag vorliegt, als der vom Stadtsenat beschlossene, so beantrage ich die Rückverweisung.

VB. Emmerling teilt mit, daß er im Interesse der Strassenbahnen gewünscht hätte, wenn dieser Betrag, für den ja Wohnungen geschaffen werden, aus der Wohnbausteuer gedeckt worden wäre. Ich stimme mit der Auffas-

sung des Gemeinderates Kunschak überein, daß nach dem vorliegenden Antrag die Strassenbahn diesen Betrag zahlen muß.

GR. Kunschak berichtigt tatsächlich, daß es sich hier um einen anderen Antrag handelt, als er vom Finanzausschuß und Stadtsenat beschlossen worden ist. Er bittet den Vorsitzenden im Sinne der Geschäftsordnung den Gegenstand rückzuverweisen.

Vorsitzender VB. Hoss erklärt, daß ihm nicht erinnerlich sei, daß im Stadtsenat ein Abänderungsantrag gestellt wurde, weshalb er diesen Gegenstand von der Tagesordnung absetze.

GR. Müller (Soz. Dem.) berichtet über den Umbau der Kanäle in der Erenkelstrasse und auf dem Stillfriedplatz in Ottakring. Der Kanal liegt sehr seicht und ist mit Ratten bevölkert, weshalb diese Arbeit, die einen Aufwand von 533 Millionen Kronen erfordert, unbedingt durchgeführt werden muß.

GR. Huber (chr. soz.) führt aus, daß dieser Kanal nicht erst jetzt so schlecht geworden ist, sondern schon längst hätte gerichtet werden müssen. Er führt weiters darüber Klage, daß man in der Kandlerstrasse wegen der Pflasterung das Wasser abgesperrt habe, wodurch dort unhaltbare Verhältnisse eingetreten sind, die nun schon drei Monate dauern. Es sind dort Holzlagerplätze und eine Schmierfabrik, die bei einem Feuer nun ohne Wasser sein würden. Es wäre doch möglich, daß zuerst die Wasserleitungsrohre ^{gelegt} und dann erst die Strassenpflasterung durchgeführt wird.

GR. Müller antwortet, daß er die Beschwerden überprüfen lassen werde und wenn sie berechtigt sind, auf eine rasche Abstellung drängen wird. Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

GR. Schorsch beantragt den Bau einer Wagenhalle der städtischen Strassenbahnen samt Nebengebäuden auf dem Platze des ehemaligen Heu- und Stroßmarktes an der Linzerstrasse in Rudolfsheim. Die Kosten stellen sich einschliesslich der erforderlichen Gleisanlagen auf 9600 Millionen Kronen.

GR. Huber (chr. soz.) beschwert sich darüber, daß in dieser Angelegenheit der Gemeinderatsausschuß für Ernährungsangelegenheiten nicht gehört wurde. Auf diesem Platze befindet sich eine große Zahl von Markthütten, die doch anderwärts untergebracht werden müssen und der erwähnte Gemeinderatsausschuß hat ein Recht darüber zu entscheiden. Es ist auch unmöglich, daß wir hier mehr als sieben Milliarden bewilligen, ohne zu sehen, was dortgebaut wird. Durch diesen Bau, wird das Schloß Schönbrunn arg beeinträchtigt. Ich beantrage daher, daß die Vorlage rückverwiesen und neuerdings unter Beiziehung des Gemeinderatsausschusses für Ernährungsangelegenheiten durchberaten wird.

GR. Schorsch erklärt, daß die Baupläne aufliegen und mit den Besitzern der Hütten bereits Vereinbarungen bestehen, die ihnen anderwärts Plätze sichern. Mit dem Gemeinderatsausschuß für Ernährungsangelegenheiten habe die Sache gar nichts zu tun, da ja der Heumarkt längst überflüssig geworden ist und daher auch auf die Hütteldorferstrasse verlegt wurde.

Es wird hierauf der Referentenantrag unverändert angenommen.

StR. Professor Tandler beantragt für den Betrieb der Tagesheimstätten in Favoriten und in Ottakring einen Betrag von 629.4 Millionen Kronen zu gewähren. Die Gemeinde hat diese beiden Tagesheimstätten kürzlich übernommen und sind bedeutende Umbauten notwendig. Durch den starken Besuch muß auch neues Personal eingestellt werden.

GR. Binder (chr. soz.) teilt mit, daß der Verein Societas auf der Landstrasse in den Häusern gesammelt hat, ohne auf den Sammelbögen anzuführen, daß es sich um einen sozialdemokratischen Parteiverein handle. Damit wurde eine Irreführung in der Bevölkerung begangen. Dieser Verein hat auch im Fürsorgeinstitut der Landstrasse seinen Sitz, was ebenfalls irreführend wirkt, da die Leute glauben, daß es sich um eine amtliche Stelle handle. Schliesslich ersucht Redner, daß den Insassen des Grundarmenhauses in der Rochusgasse die verlangten Badekarten endlich ausgefolgt werden und daß diesen alten Leuten ein Mittagstisch geboten werden möge.

Der Referent erklärt, daß es sich bei dieser Sammlung um die Association der Fotografen gehandelt hat, die einzelne Häuser fotografierte und aus dem Erlöse des Verkaufes dieser Fotografien der Société einen sehr kleinen Betrag zuwendete. Dieser Verein ist auch nicht im offiziellen Fürenginstitut untergebracht, sondern im zweiten Stock und steht in gar keiner räumlichen Verbindung mit der Fürsorgeabteilung der Gemeinde. Die Angelegenheit der Insassen im Grundarmenhaus in der Hochgasse werde untersucht werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

StR. Speiser referiert über eine Aenderung der Mitgliederzahl der gemeinderätlichen Personalkommission, in die vom Gemeinderat 12 Mitglieder und vom Verband der Gemeindeangestellten 11 Mitglieder zu entsenden seien.

GR. Hohaubek (chr. soz.) erklärt neuerdings die Klage vorbringen zu müssen, daß zur Interessenvertretung der Angestellten immer nur der Verband der städtischen Angestellten herangezogen werde. Bekanntlich gebe es auch eine Gewerkschaft christlicher Angestellte und diese habe auch eine Sektion der Gemeindeangestellten. Während der Proporz bei der Personalvertretung in den städtischen Unternehmungen Anwendung finde, sei dies bei der gemeinderätlichen Kommission nicht der Fall. Solange der Verband der städtischen Angestellten eine unpolitische Organisation war, sei gegen dessen alleinige Heranziehung nichts einzuwenden gewesen. Jetzt aber sei eine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation, deren Obmann als sozialdemokratischer Nationalrat kandidiert hat. Der vorliegende Antrag des Referenten sei ein Hohn auf die Demokratie. Der Geist der in der Personalkommission herrsche, ist nicht unpolitisch. Da gäbe es wiederholt strafweise Verletzungen, denen man freilich den Mantel dienstlicher Rücksicht umhänge. Der Redner erinnert an den typischen Fall des Schulwartes Stalzer, ferner an verschiedene vorzeitige Pensionierungen, Prämierungen und an den Fall eines Laufburschen, der plötzlich zum Vizevorstand avanciert sei. Die Frau eines Strassenbahnners, der sieben Jahre in der Gemeinde gedient und im Kriege in Przemysl gefallen ist, könne keine Pension erhalten, obwohl man wisse, wie knauserig die Invalidenentschädigungskommission sei. Redner stellt schliesslich den Änderungsantrag, daß zur Wahl von Mitgliedern in die gemeinderätliche Personalkommission nicht bloß der Verband der Angestellten der Gemeinde, sondern alle Angestelltenorganisationen berechtigt seien.

StR. Speiser erklärt, daß sein Antrag, den der Vorredner einen Hohn auf die Demokratie genannt habe, die Wiederholung eines Antrages aus dem Jahre 1919 sei, den der damalige Referent für die neue Dienstordnung Vaugoin gestellt hat. (Hört! Hört! bei den Parteigenossen).

StR. Rummelhardt (Damals hat eine christliche Gewerkschaft noch nicht existiert).

StR. Speiser: Wenn ein Hohn auf die Demokratie vorliegt, so ist das von dem jetzigen Heeresminister ausgegangen (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen). Wenn der Vorredner gefunden hat, daß der Geist in der Personalkommission nicht der richtige ist, so möge er ihm wenigstens bei den Mitgliedern ändern, auf die er Einfluß hat, nämlich bei den von der Minderheit entsendeten Gemeinderäten. Was die strafweise vorgenommenen Versetzungen betrifft, so gehen diese überhaupt nichts die Personalkommission an. Der Vorredner habe auch wieder den Fall des Schulwartes Stalzer erwähnt, und da müsse neuerdings konstatiert werden, daß von einer der Minderheit nahestehenden Seite, dieser Mann als Verstandeskrank erklärt worden ist. Versetzungen finden in vielen hundert Fällen statt und es sei eine Unerhörte Wehleidigkeit bei den Versetzungen, die ihrer Zahl nach im starken Gegensatz zu dem stehen, was auf dem Gebiete der Personalpolitik in früheren Zeiten verübt wurde, gleich über Parteilichkeit zu schimpfen. (Beifall bei der Mehrheit). Es ist nicht möglich, daß jeder, der der christlichsozialen Organisation nahe steht, deshalb gegen jede Versetzung gewahrt ist und daß er überhaupt aus diesem Grunde ein Privilegium für sich in Anspruch nimmt. (Sehr gut!) Man hat gesagt, vor dem Kriege war der Verband der Angestellten der Gemeinde eine unpolitische Organisation. Nun, vor dem Kriege hat es überhaupt keinen Verband der städtischen Angestellten gegeben, weil ein solcher Verband der Angestellten in diesem Hause verboten war (Unruhe bei der

der Minderheit) und weil sich nur ein Beamtenverein hat bilden dürfen, der allerdings keine Angestelltenorganisation war, sondern bloß Mitglieder von Zeit zu Zeit und nicht allzu oft in den berühmten schwarzen Rücken und mit Zylindern sich im Vorzimmer des Bürgermeisters einfinden durften.

GR. Kunschak: Gehen Sie jetzt mit aufgestreckten Hemdärmeln zum Bürgermeister?

StR. Speiser: Jedenfalls sind jetzt keine schwarzen Bratenröcke vorgeschrieben. Aber ich will damit nur den Unterschied zwischen dem Verein vor dem Kriege und der Organisation der Angestellten der Gemeinde jetzt kennzeichnen. Es wurde auch gesagt, daß dieser Verband ausgesprochen sozialdemokratische Vereinigung ist. Das ist mir nicht bekannt. (Zwischenrufe bei der Mehrheit) Wie soll ich annehmen, daß der Verband eine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation ist, wenn von den sechs Mitgliedern des Präsidiums einer ein christlichsozialer Bezirksrat ist. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Solche Argumente schlagen sich wohl selber. Gemeinderat Hohaubek hat gerügt, daß einige Mitglieder aus der gewerkschaftlichen Leitung es in Gemeindediensten zu Stellungen gebracht haben. In dieser Verallgemeinerung ist diese Behauptung falsch. Außerdem kann man doch nicht zugeben, daß jede Betätigung an dem gewerkschaftlichen Leben damit bestraft werden soll, daß der Betreffende in seiner dienstlichen Stellung nicht weiter kommen kann. (Beifall bei der Mehrheit). Wenn dies der Fall wäre, so müßte sich jeder aktive Mensch hüten, einen solchen Posten anzunehmen, an dem er außerhalb seiner Dienststunden für seine Kollegen Arbeit verrichtet. Es wurde auch von vorzeitigen Pensionierungen gesprochen. Das klingt hier im Saale wie die Melodie der Münchhausentrompete. Es werden Sachen geblasen, die jahrelang vorüber sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Gemeinderatsverwaltung, die in leitenden Stellung stehen, ein gewisses gesichertes Vertsaufen haben muß. Ergeben sich Differenzen, so ist es vom Standpunkt der Gemeindeverwaltung wie der leitenden Beamten besser, daß mit solchen Pensionierungen vorgegangen sind, die übrigens in früheren Zeiten sehr stark üblich waren. Wie kann man aber heute von frühzeitigen Pensionierungen sprechen, wo doch die herrschende Partei des Bundes Leute in Rudeln in die frühzeitigen Pensionierungen schickt. (Lebhafte Unruhe bei der Minderheit, stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Doppler (chr. soz.): Das ist Demagogie! Das ist Ihrer unwürdig!

StR. Speiser: Es ist Demagogie, daß die Partei, die die Eisenbahner zu hunderten in die Pension schickt, hier im Saale über drei oder vier Fälle die in Wien vorgefallen sind, Klage führt. Das ist Demagogie. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen). Der Herr Gemeinderat Hohaubek hat auch den Fall einer Frau erwähnt, deren Mann im Kriege gefallen ist und für die eine ausgiebige Pension von der Gemeinde verlangt, weil das Vorgehen der Invalidenentschädigungskommission bekannt sind. Solche Frauen genügend zu unterstützen, wäre die heilige Verpflichtung des Staates, des Bundes, der Rechtsnachfolger derjenigen ist, die diesen Krieg begonnen haben. (Lebhafte Unruhe bei der Minderheit). Statt daß die Herrn, die der Frau helfen wollen, sich an den Bund wenden, kommen sie hier und stellen uns Forderungen. Das ist Demagogie! (Stürmische Zufufe der Minderheit).

GR. Doppler: Hetzreden vom Referententisch! Ist das der richtige Ton am Referententisch?

Bürgermeister Seitz: Wenn so viele Zwischenrufe erfolgen, so wird jeder Zwischenruf gegenstandslos, weil ihn niemand hört. Ich möchte raten, sich in den Zwischenrufen auf ein gewisses Maß zu beschränken, das den Zwischenruf erst parlamentarisch wirksam macht. Sonst hört man nur ein wüstes Geschrei, aber keine Zwischenrufe. Ich möchte die Herren, die Zwischenrufe machen, einladen, ein wenig das Gesetz der Oekonomie der Kräfte zu beachten (Lebhafte Heiterkeit).

StR. Speiser: Soll sich mich als Referent angreifen lassen und nicht auch das Recht haben darauf mit Tatsachen zu antworten, auch wenn die Tatsachen richtig sind und daß sie unangenehm wirken. Es wurde mit von der Karriere eines Laufburschen vom Vorstandstellvertreter gesprochen. Nun, dieser Mann war vor etwa 15 Jahren Laufbursche und hat jene Karriere gemacht, die viele Laufburschen machen, die sich als tüchtig erweisen, in den Beamtenstand versetzt werden und dann allerdings oft die vorgeschriebene Pünze

der Matura und Handelsschule aufrücken. Dieser Laufbursche ist heute 32 bis 35 Jahre alt. Diese Blütenlese aus dem Strauß des Herrn GR. Holsaubek ist ein Beweis dafür, daß die Dinge nicht so sind, wie er sie dargestellt hat und daß die Angriffe auf die jetzige Gemeindeverwaltung auf die angebliche Parteilichkeit nicht zutreffen. Redner bittet um Annahme seiner Anträge und Ablehnung aller anderen Abänderungsanträge. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Nachdem die Anträge im Sinne des Referenten angenommen wurde, schliesst der Bürgermeister die Sitzung um 9 Uhr.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 27. Juni 1924. Abendausgabe

.....
Das Ergebnis der Wiener Lehrerwahlen. Heute fanden die Wahlen der Wiener Lehrerschaft für den Stadtschulrat statt. Es wurden 6507 gültige Stimmen abgegeben, was gegenüber der letzten Wahl im November 1923 einen Rückgang um 106 Stimmen bedeutet. Die Liste des Zentralvereins der freien Lehrerschaft erhielt 2586 Stimmen und verzeichnet gegenüber der Wahl im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 241 Stimmen. Die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft, die sich aus dem Wiener Lehrerverein, dem Verein der Lehrer und Schulfreunde, dem katholischen Lehrerverein, dem Verein der katholischen Lehrerinnen und Erzieherinnen, dem christlich-deutschen Lehrerverein und dem Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen zusammensetzte, erhielt 3921 Stimmen und hat gegenüber der Wahl im Jahre 1923 einen Verlust von 347 Stimmen zu verzeichnen. In den Stadtschulrat wurden vom Zentralverein Theodor Neumann, Else Hofmann, Hans Winter und Melanie Burger gewählt. Auf die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft entfielen sechs Mandate. Gewählt wurden: Josef Untermüller (Wiener Lehrerverein), Marie Tomicek (Verein katholischer Lehrerinnen und Erzieherinnen), Otto Rishawy (Verein der Lehrer und Schulfreunde), Paul Reidl (Wiener Lehrerverein), Franz Peter (katholischer Lehrerverein) und Anna Podirski (Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen). Von den zwei Mandaten in die Qualifikationskommission erhielt eines der Zentralverein. Gewählt wurde August Witak, der zweite Mandat entfiel auf die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft. Gewählt wurde Alfred Feichtigger (katholischer Lehrerverein). Auf die Liste des Verbandes der Schulleiter, für die Disziplinarkommission entfielen alle drei Mandate. Gewählt wurden die Mitglieder des Zentralvereins Theodor Diesner, Eugenie Koppitz und Emil Bild. In die Disziplinarkommission der Bürgerschullehrer- und Lehrerinnen wurden vom Zentralverein Robert Kub, von der Unabhängigen Lehrerschaft Max Herbert (Wiener Lehrerverein) und Leopoldine Jungwirth (Verein der katholischen Lehrerinnen und Erzieherinnen). In die Disziplinarkommission der Volksschullehrer- und Lehrerinnen wurden vom Zentralverein Hans Winter, von der Unabhängigen Lehrerschaft Anton Hirschenauer (Verein der Lehrer und Schulfreunde) und Fritz Peter (katholischer Lehrerverein) gewählt. In die Disziplinarkommission der Handarbeitslehrerinnen wurden vom Zentralverein Melanie Burger (Fachverein der Handarbeitslehrerinnen) und vom Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen Anna Podirski und Marie Weczera gewählt. Die Religionslehrer der drei Konfessionen hatten jede nur eine Liste aufgestellt. Es entfiel daher die Wahl und vorgeschlagenen Kandidaten erscheinen gewählt.

.....